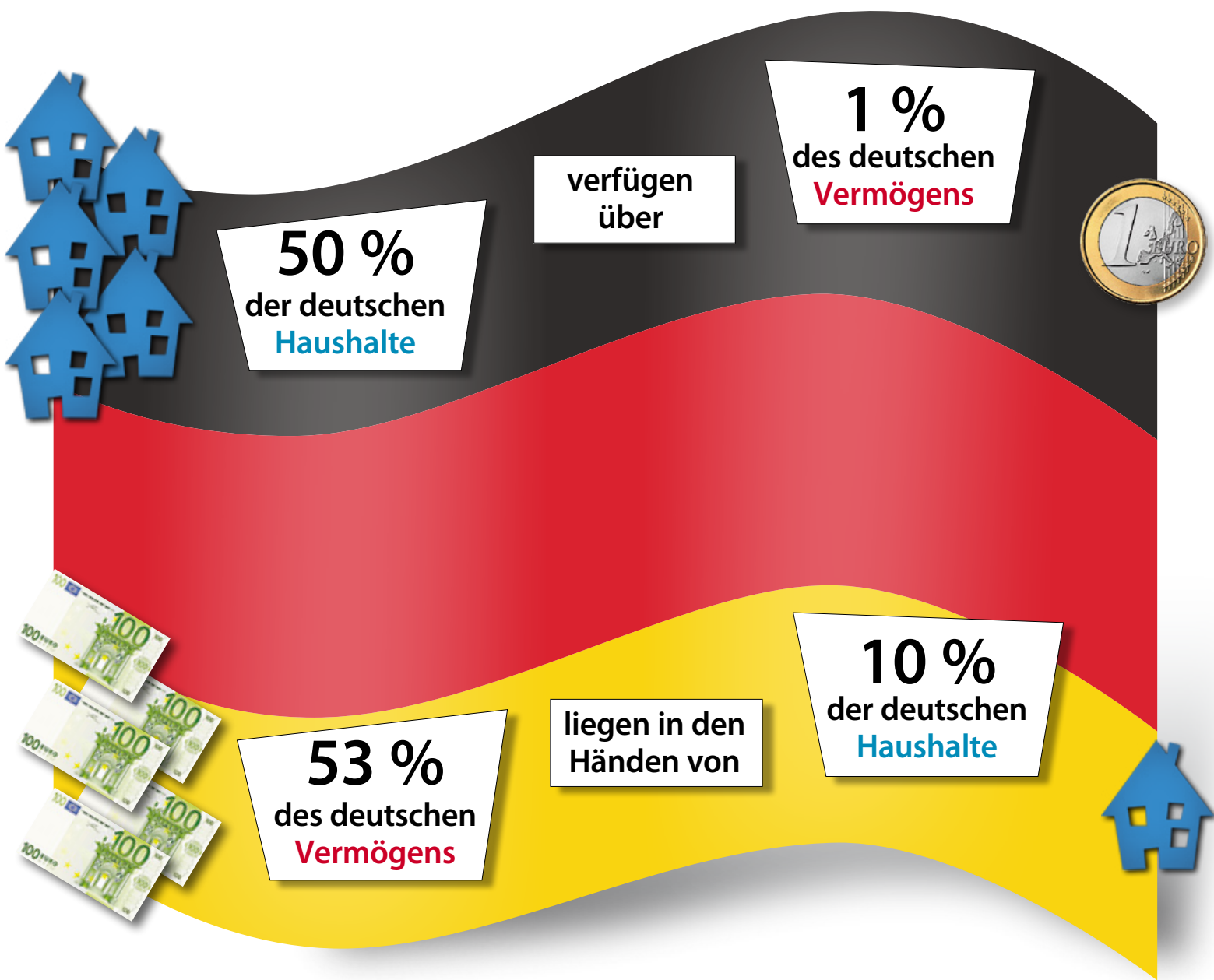


# PUNKT



## Der Armut den Kampf angesagt

Seite 3–6



# 113

**ESF: Urbane  
Landwirtschaft:  
Chance für Berlin**

Seite 10 – 11

**EFRE: Chancen  
erhöhen und  
Partizipation ermöglichen**

Seite 12 – 13



# Inhalt

## EUROPAREPORTAGE

- ★ Der Armut den Kampf angesagt 3 – 6

## 3 FRAGEN AN ...

- ★ Program Manager der EU-Kommission Margarete Rudzki 7

## ESF-PROJEKTE IN BERLIN

- ★ Netzwerk Arbeit und seelische Gesundheit 8 – 9
- ★ Urbane Landwirtschaft: eine Chance für Berlin 10 – 11

## EFRE-PROJEKT IN BERLIN

- ★ Chancen erhöhen und Partizipation ermöglichen 12 – 13

## AUF DEN PUNKT

- ★ Strategie für Cloud-Computing
- ★ Comic über Berufschancen
- ★ Freiwillige humanitäre Helfer 14 – 15

## SCHLUSSPUNKT

- ★ Leistungen für SaisonarbeitnehmerInnen
- ★ Chancen durch Multi-Kulti-Teams 16


# Impressum

Punkt erscheint 6 x jährlich unentgeltlich  
ISSN 1434-3991


Herausgeber und Bezugsadresse  
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung  
Referat III C – Europäische Strukturfondsförderung  
Martin-Luther-Straße 105  
10825 Berlin

Redaktion  
Convis Consult and Marketing GmbH, Berlin  
  
[www.convismedia.eu](http://www.convismedia.eu)

Ansprechpartnerin:  
**Susanne Landgren**  
Telefon 030 8904169-35  
[punkt@convis.com](mailto:punkt@convis.com)  
[www.berlin.de/sen/strukturfonds/oeffarbeit/punkt/punkt.htm](http://www.berlin.de/sen/strukturfonds/oeffarbeit/punkt/punkt.htm) 

Layout  
SPREE-PR, Berlin   
[www.spree-pr.com](http://www.spree-pr.com)

Fotonachweis  
Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission, Christina Busch, ProViel, Fotolia, Agrarbörse Ost e. V., südost Europa Kultur e. V.

 Das Magazin PUNKT wird aus Mitteln der Europäischen Union kofinanziert (EFRE und ESF).

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gezeichnete Beiträge und Leserzuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Jeglicher Nachdruck von Beiträgen (auch auszugsweise) ist nur mit Quellenangabe gestattet und bedarf der Zustimmung des Autors. Die Zusendung eines Belegexemplars ist erforderlich. Für eingesandte Manuskripte, Vorlagen, Cartoons und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

V.i.S.d.P. Mathias Kuhlmann,  
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

November / Dezember 2012,  
21. Jahrgang, Ausgabe 113

 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung



## ZUR SACHE

# Wer arm ist, ist arm „dran“



**Christina Busch**

Raphaels-Werk im Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Residenzstr. 90

13409 Berlin

Tel.: (030) 666 33 1147

[berlin@raphaels-werk.net](mailto:berlin@raphaels-werk.net)

[www.raphaels-werk.de](http://www.raphaels-werk.de)

Über 80 Millionen Menschen innerhalb der Europäischen Union sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, insbesondere Kinder, Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und Arbeitslose. Die Strategie Europa 2020 legt einen gewichtigen Akzent auf soziale Zielbestimmungen. Vor allem die Einbeziehung der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung als Leitinitiative setzt ein deutliches Zeichen. Auch im Land Berlin ist Armut und Armutsgefährdung kein unbekanntes Phänomen. Laut Regionalem Sozialbericht Berlin-Brandenburg liegt die Armutsgefährdungsquote in Berlin mit 19,2% fast 5% über dem Bundesdurchschnitt. 24,7% der Berliner Kinder unter 18 Jahren leben mit einem Armutsrisiko und sogar 33,6% der Personen im Ausbildungsalter. 8,3% der Erwerbslosen sind langzeitarbeitslos. Ihr Armutsrisiko liegt bei 47,1%. Berliner/innen mit Migrationshintergrund liegen mit einem Armutsrisiko von 26,8% weit über dem Landesdurchschnitt. Ein Fünftel der Minderjährigen lebt in Haushalten ohne Erwerbstätigen und 40% der Personen in Alleinerziehendenhaushalten haben keinen Kontakt zum Arbeitsmarkt und müssen auf Erwerbseinkommen verzichten. Aber auch fast 10% der Beschäftigten können von ihrem Einkommen nicht auskömmlich leben und sind auf ergänzende Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Armut und soziale Ausgrenzung sind somit auch keine nur randständigen Erscheinungen, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie betreffen alle Altersgruppen, einheimische wie zugewanderte Menschen, unabhängig von der familiären Situation, Bildungsgrad und dem konkreten Wohnort. Im Lebensalltag führt dies zu stark eingeschränkter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zu mangelnder schulischer und beruflicher Perspektive und beinhaltet die Gefährdung sozialer Segregation und Marginalisierung.

Ihre Christina Busch 

Über Ihre Hinweise, Wünsche, Anregungen oder Kritik würden wir uns freuen. Bitte per E-Mail an: [punkt@convis.com](mailto:punkt@convis.com)



# Der Armut den Kampf angesagt

EINE EUROPÄISCHE PLATTFORM GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Der direkte Vergleich zwischen Entwicklungsländern und dem größten Teil der EU-Mitgliedstaaten beweist: Armut ist relativ. Während die einen täglich ums Überleben kämpfen und absolute Armut erfahren, müssen betroffene Menschen in den meisten europäischen Ländern in der Regel keine existenzbedrohenden Mängel befürchten. Dank mehr oder weniger ausgeprägter Sozialsysteme haben sie genug Nahrung, tragen Kleidung und verfügen über eine warme Unterkunft. Auch der Zugang zu Schule sowie kulturellen und medizinischen Einrichtungen bleibt ihnen grundsätzlich nicht verwehrt, sodass insgesamt ein Existenzminimum gewährleistet ist.



In der Europäischen Union gelten Personen als armutsgefährdet, wenn sie mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung in dem jeweiligen Land auskommen müssen. Dieses gilt zwar als relative und nicht als absolute Armut, dennoch bedeutet auch das ein Leben voller Entbehrungen und Abhängigkeit von sozialer Hilfe. Mehr als 80 Millionen Menschen in der EU – d.h. 16 % der Bevölkerung – sind der Definition folgend von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Besonders betroffen sind davon Kinder, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten, ältere Menschen, Arbeitslose, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung.

## Die Leitinitiative der EU

Um der steigenden Tendenz entgegenzutreten, erklärt die EU die Armutsbekämpfung in der Strategie Europa 2020 zu einem ihrer wichtigsten Ziele. Die Staats- und Regierungschefs peilen demzufolge an, bis 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialem Abseits zu befreien. Im Rahmen der Leitinitiative „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ wollen sie der Kinderarmut ein Ende bereiten, stark gefährdete Gruppen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt eingliedern, angemessene Wohnverhältnisse für alle schaffen, Diskriminierung und finanzielle Ausgrenzung überwinden und die Eingliederung der Roma fördern – von denen ca. 6 Millionen in der EU leben. Die Leitinitiative soll Impulse für entsprechende Reformen in den 27 Mitgliedstaaten liefern und Reformbemü-

hungen unterstützen. Zu den Schlüsselmaßnahmen der Leitinitiative zählen die Unterstützung von Innovationen in der Sozialpolitik, die optimale Nutzung Europäischer Strukturfonds und die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Bildung.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=961&langId=de>

## Situation in Deutschland

Der – umstrittene – Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung enthält plakative Botschaften: Die Reichen werden hierzulande immer reicher und die Armen immer ärmer. So hat sich das Nettovermögen seit 2007 um rund 1,4 Billionen erhöht, wovon jedoch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung profitiert. Laut Bericht ist der Wohlstand so ungleichmäßig verteilt, dass 10 % der Haushalte 53 Prozent des gesamten Vermögens auf sich vereinen, während der unteren Hälfte der Haushalte gerade mal 1 % des Nettovermögens bleibt. Die Armutsgefährdung ist laut Statistischem Bundesamt in den meisten Bundesländern gestiegen und liegt über dem Niveau von 2010 (siehe Grafik)

Jedoch wird auch Kritik am statistischen Armutsbegriff laut. Eher Wissenschaftler als Politiker bemängeln, dass Armut allein am Einkommen festgemacht wird, definiert als Prozentwert von Durchschnittseinkommen. Warum eigentlich? Hier geht es offenbar nicht um Bedürfnisse, die aufgrund von Armut nicht befriedigt werden können, sondern primär um eine Verteilungsfrage. Jedenfalls handelt es sich um eine dynamische

Die Armutsgefährdung ist in den meisten Bundesländern gestiegen.



### Aktionsräume<sup>plus</sup>

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2008 identifizierte folgende fünf große zusammenhängende Gebiete mit hoher Problemverdichtung: Kreuzberg-Nordost, Neukölln-Nord, Wedding/Moabit, Spandau-Mitte und Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf. Die Gebiete, in denen insgesamt etwa ein Viertel der Berliner Bevölkerung lebt, sind geprägt durch hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit, hohe Anteile von Personen, die von Transferzahlungen abhängig sind und einer einseitigen soziodemografischen Entwicklung. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Bezirksämtern hat der Berliner Senat die Initiative Aktionsräume<sup>plus</sup> auf den Weg gebracht, die im Juni 2010 beschlossen wurde. In den ausgewählten Aktionsräumen konzentrieren Senat und Bezirk ihre Aktivitäten mit dem Ziel, Bewohnerinnen und Bewohnern der benachteiligten Gebiete bessere Zukunftschancen zu erschließen. Vor allem sollen jungen Menschen durch bessere Bildungsmöglichkeiten neue Perspektiven eröffnet werden.

[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale\\_stadt/aktionsraeume\\_plus/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/index.shtml)

Definition, die unvermeidbar zur Folge hat, dass Armut nie verschwinden wird. Die auch absurde Effekte haben kann, wenn sich die Zahl der Armen – statistisch – vergrößert, weil es bei hohen Einkommen Zuwächse gibt. Dazu kommen methodologische Probleme. Warum wird bei Vermögen private Altersvorsorge berücksichtigt, Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung aber nicht? Zweifel gibt es also, ob diese Statistik tatsächlich geeignet ist, Armut in Deutschland richtig zu erfassen. Rechnen wir uns ärmer, als wir es eigentlich sind?

### Nationales Reformprogramm

Das im März 2012 von der deutschen Bundesregierung beschlossene Nationale Reformprogramm präsentiert den Umsetzungsstand und künftige Maßnahmen zur Erreichung der Europa-2020-Ziele. Demzufolge ist die durch die EU angestrebte Beschäftigungsquote von 75 % in Deutschland praktisch schon erreicht, womit eine wichtige Voraussetzung im Kampf gegen Armut geschaffen ist. Es gelte jedoch, darüber hinaus die Bildungschancen und die Chancen auf soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in sozialen Risikolagen zu verbessern. Zudem müsse man sich verstärkt der Vermeidung von Altersarmut widmen und die Anstrengungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Gesellschaft und Arbeitsmarkt verstärken. Eine besondere Aufmerksamkeit ist im Reformprogramm langzeitarbeitslosen Personen gewidmet.

„Armutgefährdung in Deutschland (Quelle: Statistisches Bundesamt“)

Land	%		
	2005	2010	2011
Baden-Württemberg	10,6	11,0	11,2
Bayern	11,4	10,8	11,3
Berlin	19,7	19,2	21,1
Brandenburg	19,2	16,3	16,9
Bremen	22,3	21,1	22,3
Hamburg	15,7	13,3	14,7
Hessen	12,7	12,1	12,7
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	22,4	22,2
Niedersachsen	15,5	15,3	15,7
Nordrhein-Westfalen	14,4	15,4	16,6
Rheinland-Pfalz	14,2	14,8	15,1
Saarland	15,5	14,3	15,6
Sachsen	19,2	19,4	19,6
Sachsen-Anhalt	22,4	19,8	20,5
Schleswig-Holstein	13,3	13,8	13,8
Thüringen	19,9	17,6	16,7
Deutschland	14,7	14,5	15,1
Nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	13,2	13,3	14,0
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)	20,4	19,0	19,5

So strebt die Bundesregierung an, deren Anzahl bis 2020 um 20 % (gemessen am Jahresdurchschnitt 2008: 1,63 Millionen) zu senken. Bereits 2010 lag die Anzahl der Langzeitarbeitslosen bei 1,38 Millionen Personen, sodass gegenüber dem Jahr 2008 ein Rückgang von rund 15 % zu verzeichnen ist. Dieser positive Trend soll fortgesetzt werden und schließlich dazu führen, dass 330.000 Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/04/2011-04-06-nationales-reformprogramm.html>

### Regionaler Sozialbericht

Der Anfang 2012 erschienene „Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg für das Jahr 2010“ bietet ein umfassendes Abbild der sozialen Lage der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg. Dem Bericht des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zufolge müssen in Berlin neben Kindern und Jugendlichen vor allem Menschen mit Migrationshintergrund und schlechter Ausbildung in armen Verhältnissen leben. Demnach gilt fast jeder dritte Berliner aus Migrationsverhältnissen als armutsgefährdet, wobei bei Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand sogar mehr als jeder Dritte zu verarmen droht. Armut ist innerhalb Berlins unterschiedlich ausgeprägt. Ganz vorn im Ranking armer Bezirke befindet sich Neukölln, wo mehr als 20 % der Bevölkerung von Armut bedroht sind. Jeder Dritte hat hier einen niedrigen Bildungsstand und ist auf staatliche Leistungen wie Hartz IV, Asylbewerberleistungen, Altersgrundsicherung oder andere Sozialleistungen angewiesen. Ganz unten im Bezirksvergleich steht Steglitz-Zehlendorf: Hier sind lediglich 8,6 % von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Insgesamt stellt sich die Lage in Brandenburg etwas entspannter dar. Die Armutgefährdungsquote beläuft sich hier auf 13,6 % und hat sich seit 2005 um 0,7 % verbessert.

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/einzelseiten/RegionalerSozialbericht.asp>

### Monitoring Soziale Stadtentwicklung

Im Jahre 1998 entwickelte der 2011 verstorbene Berliner Stadtsoziologe Prof. Dr. Hartmut Häußermann das Gutachten „Sozialorientierte Stadtentwicklung“.



Dieses galt fortan als wissenschaftliche Grundlage und Begründung für die Einrichtung des Berliner Quartiersmanagements und der „Aktionsräume<sup>plus</sup>“ (siehe Infokasten). Das Gutachten schuf erstmalig ein Problembewusstsein für sozial benachteiligte Gebiete. Es legte den Grundstein für die kontinuierliche Beobachtung der sozialen Situation von Stadtteilen – dem sogenannten Monitoring Soziale Stadtentwicklung, das nunmehr seit zwölf Jahren Analysen und Handlungsempfehlungen zu kleinräumigen, sozialräumlichen und sozialstrukturellen Entwicklungen in Teilgebieten Berlins liefert. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung ist zudem Grundlage bei der Festlegung von Gebieten für das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“.

Das aktuelle Monitoring gibt unter anderem folgende Handlungsempfehlungen: So gilt es, die lokale Ökonomie durch Maßnahmen zur Weiterbildung und Qualifizierung, aber auch durch ein verstärktes Einsetzen für ein sozialverträgliches Lohnniveau zu stabilisieren. Zudem bleibe die Bekämpfung der sich stark konzentrierenden Kinderarmut eine der zentralen Herausforderungen, wobei die laufenden Aktivitäten zur Bekämpfung der Kinderarmut im Rahmen der Aktionsräume<sup>plus</sup> wichtige Ansatzpunkte liefern. Darüber hinaus erfordere der steigende Anteil Jugendlicher mit Migrationshintergrund in sozial problematischen Gebieten eine Förderung der Chancengleichheit. So müsse auf eine weitere Verbesserung der Bedingung an Grundschulen geach-

tet und das Kitaangebot bedarfsgerecht ausgebaut werden. Demzufolge sollten Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und lokale Bildungverbände unterstützt werden. Das Monitoring empfiehlt in diesem Zusammenhang, Familienzentren auszubauen, die als vertrauter Treffpunkt dienen und betroffene Menschen bei der Bewältigung ihrer täglichen Aufgaben unterstützen. Hierbei seien besonders Stadtteil- und Nachbarschaftszentren miteinzubeziehen.

Insgesamt ergibt das aktuelle Monitoring Soziale Stadtentwicklung für den Beobachtungszeitraum 31. 12. 2009 – 31. 12. 2010, dass sich die Situation in den

Eine frühe Sprachförderung kann spätere Armut verhindern.

### Kinderarmut

Laut Kinderschutzbund leben in Deutschland rund 2,5 Millionen Kinder – d.h. 19,4 % aller Personen unter 18 Jahren – in Einkommensarmut. Wie eine von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) durchgeführte Langzeitstudie ergab, ist Armut der größte Risikofaktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Die Studie begleitete über 15 Jahre 900 arme und nicht arme Kinder, die erstmals als 5- bzw. 6-jährige im Kindergarten und letztmals 2009 bzw. 2010 als 16- und 17-jährige befragt wurden. Heraus kam, dass Einkommen und Bildungshintergrund der Eltern sowie die Familienform, in der das Kind groß wird, bestimmend für die Entwicklung sind. „Um Armut zu verhindern, müssen Eltern über sichere Arbeit mit armutsfesten Löhnen und über Betreuungs- und Bildungsangebote für ihre Kinder verfügen, damit diese ganztätig qualitativ versorgt werden“, erklärt der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Eine Lösung sieht die AWO neben der Unterstützung der Eltern in der Stärkung von Einrichtungen, wie Kitas, Jugendzentren und Familienberatungen. „Starke Institutionen können Kindern das bieten, was sie zu Hause eventuell nicht bekommen“, fasst Studienleiterin Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) zusammen.

[http://www.awo.org/aktuelles-und-presse/presse/einzelansicht/?no\\_cache=1&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=527](http://www.awo.org/aktuelles-und-presse/presse/einzelansicht/?no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=527)

Region / EU-Mitgliedstaat		Schwellenwert für Armutsgefährdung (Alleinlebende)	Erhebungsjahr 2010			
			Armutsgefährdungsquote nach Sozialleistungen			
			Alter von ... bis unter ... Jahren			
			Insgesamt	unter 18	18 bis 65	65 und älter
EUR/Jahr		Anteil in %				
Durchschnittswerte						
EU insgesamt		–	16,4	20,5	15,3	15,9
Eurozone		–	16,1	20,1	15,2	15,2
EU-12-neu		–	16,9	23,2	15,7	14,6
Mitgliedstaaten der EU						
BE	Belgien	11 678	14,6	18,3	12,1	19,4
BG	Bulgarien	1 810	20,7	26,8	16,0	32,2
CZ	Tschechische Republik	4 235	9,0	14,3	8,1	6,8
DK	Dänemark	15 401	13,3	10,9	12,9	17,7
DE	Deutschland	11 278	15,6	17,5	15,6	14,1
EE	Estland	3 436	15,8	17,3	15,6	15,1
IE	Irland	11 929	16,1	19,7	15,5	10,6
GR	Griechenland	7 178	20,1	23,0	19,0	21,3
ES	Spanien	7 818	20,7	26,2	19,0	21,7
FR	Frankreich	12 027	13,5	18,4	12,8	9,7
IT	Italien	9 562	18,2	24,7	16,9	16,6
CY	Zypern	10 668	17,0	14,9	12,3	45,2
LV	Lettland	2 722	21,3	26,6	20,5	18,8
LT	Litauen	2 436	20,2	23,3	21,8	10,2
LU	Luxemburg	19 400	14,5	21,4	13,9	5,9
HU	Ungarn	2 544	12,3	20,3	11,9	4,1
MT	Malta	6 275	15,5	20,4	13,3	18,8
NL	Niederlande	12 175	10,3	13,7	10,1	5,9
AT	Österreich	12 371	12,1	14,3	10,7	15,2
PL	Polen	2 643	17,6	22,5	16,9	14,2
PT	Portugal	5 207	17,9	22,4	15,7	21,0
RO	Rumänien	1 222	21,1	31,3	19,2	16,7
SI	Slowenien	7 042	12,7	12,6	11,0	20,2
SK	Slowakei	3 670	12,0	18,8	11,2	7,7
FI	Finnland	12 809	13,1	11,4	12,3	18,3
SE	Schweden	11 825	12,9	13,1	11,9	15,5
UK	Vereinigtes Königreich	10 263	17,1	20,3	14,9	21,4
Nachrichtlich:						
IS	Island	10 992	9,8	12,6	9,6	4,9
NO	Norwegen	19 438	11,2	11,7	10,8	12,0
CH	Schweiz	18 409	15,0	17,5	11,2	27,4

„Armut in Europa (Quelle: Statistisches Bundesamt“)

belasteten Planungsräumen nicht verschlechtert und sich in manchen sogar kontinuierlich verbessert.

[http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten\\_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml)

## Die Rolle der Strukturfonds

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) konzentriert sich in der laufenden Förderperiode auf die finanzielle Unterstützung von Quartiersmanagements im Rahmen des Programms zur integrierten Stadtentwicklung „Zukunftsinitiative Stadtteil“ (ZIS). Auch in der kommenden Förderperiode sollen

EFRE-Mittel für die Verbesserung der sozialen Integration – insbesondere in Problemgebieten – eingesetzt werden und gute Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen sichern. Hierbei sollen u.a. niedrigschwellige Beratungsangebote geschaffen und eine sozialräumliche Vernetzung und Öffnung von Einrichtungen wie Kita, Schulen und Bibliotheken ermöglicht werden. Darüber hinaus zielt der Mitteleinsatz darauf ab, lokale Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftliche Belebung benachteiligter städtischer Gemeinschaften vorzutreiben.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) förderte schon in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Projekten und Maßnahmen, die in Berlin Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und hilfsbedürftige Menschen unterstützen. Ab 2014 sollen die Fördergelder auf bestimmte Ziele konzentriert werden, wobei 20 % der Mittel für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorzusehen sind. Das Land Berlin schlägt für die künftige Gestaltung des Operationellen Programms vor, die berufliche Weiterbildung für gering qualifizierte Arbeitskräfte – insbesondere für solche, die durch atypische Beschäftigungsbedingungen von Arbeitslosigkeit bedroht sind – zu verbessern und die aktive Eingliederung von Arbeitslosen voranzutreiben. Gefördert werden sollen darüber hinaus Projekte der beruflichen Weiterbildung und Beratung für Langzeitarbeitslose, Projekte zur Förderung der sozialen Integration von Menschen mit bestimmten Problemlagen und Mikroprojekte zur Verstärkung des lokalen und sozialen Zusammenhalts (im Rahmen der „Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit“ – BBWA). Konkret plädiert der Senat für eine Neuausrichtung der Förderpolitik und hat diese bereits im laufenden Jahr eingeleitet. So sei man in der Vergangenheit davon ausgegangen, dass ein Teil der langzeitarbeitslosen Menschen auch mittelfristig nicht in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren ist. Aus diesem Grunde schuf man einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der eine dauerhafte Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt ermöglichte. Auch im Hinblick auf den einsetzenden Arbeitskräftemangel soll der Fokus in Zukunft aber wieder stärker auf Aktivierungsbemühungen gerichtet werden, die einen Wiedereinstieg Arbeitsloser in ein reguläres – ungefördertes – Erwerbsleben im ersten Arbeitsmarkt erleichtern. ●





Fragen an:

Margarete Rudzki



Margarete Rudzki  
Policy officer / Programme manager  
European Commission

DG Employment, Social Affairs and Inclusion  
Unit F.2 ESF - Germany, Austria, Slovenia'

E-Mail: margarete.rudzki@ec.europa.eu  
Tel.: +32 2 29 91397

## Die Bekämpfung von Armut ist ein vielschichtiges Thema

**PUNKT:** Aus dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Deutschland geht hervor, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse?

Dass die Einkommensschere und die Verteilung des Vermögens immer weiter auseinandergehen, wissen wir schon länger. Die entscheidende Frage ist: Was wird auf politischer Ebene getan, um dies zu stoppen? Hier müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Auch der weitere Anstieg von atypischer Beschäftigung und Altersarmut muss verhindert werden. Der ESF kann hier nur begrenzt helfen, auch wenn er maßgeblich die Lebenschancen der Menschen verbessern kann und verhindert, dass Menschen in die Armutsfalle geraten. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wird in der künftigen ESF-Förderperiode daher einen besonders wichtigen Platz einnehmen.

**PUNKT:** Mehr als jede(r) fünfte Berliner(in) ist von Armut bedroht. Wo sehen Sie in Metropolen wie der deutschen Hauptstadt den dringendsten Handlungsbedarf bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung?

Die Bekämpfung von Armut ist ein vielschichtiges Thema und steht in engem Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung. Daher ist es wichtig, schon früh mit präventiven Maßnahmen zu beginnen, um Armutsbedrohung bereits im Keim zu ersticken. Die Kausalität zwischen Interventionen in frühkindliche Bildung und späterer Armutsreduktion ist durch mehrere Studien bewiesen. Maßnahmen wie z.B. die Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse von Migrationskindern, als auch in weiterer Folge die Reduzierung von Schulabbrecherquoten sind eine Vorbedingung, um spätere Armut bereits im Vorfeld zu bekämpfen. Hier kann der ESF wertvolle Arbeit leisten. Schaffung von existenzsichernder Erwerbsarbeit ist darüber hinaus die beste Absicherung gegen Armut, insbesondere gegen Altersarmut.

Der Integration von Langzeitarbeitslosen durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen als auch lebenslangem Lernen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

**PUNKT:** Mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF) konnten bereits in der Vergangenheit wichtige Projekte und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auf den Weg gebracht werden. Welche Ziele sollten Ihrer Meinung nach in der kommenden Förderperiode verfolgt werden?

Für die kommende Förderperiode wird es vor allem wichtig sein, den ESF thematisch zu konzentrieren. Konkret heißt dies, die Fördergelder auf einige wenige Prioritäten zu begrenzen, um dadurch Sichtbarkeit und europäischen Mehrwert von ESF-Maßnahmen sicherzustellen. Da weniger Geld zur Verfügung stehen wird, wird es vor allem wichtig sein, Synergien herzustellen, Überschneidungen zwischen den Programmen zu vermeiden und einen komplementären Einsatz der Fonds sicherzustellen. Thematisch bleiben für den ESF die folgenden Kernziele aktuell: Anhebung des Bildungsniveaus benachteiligter Bevölkerungsgruppen, Aktivierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose und Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils an der Beschäftigtenquote. ●



Es gilt, Menschen vor der Armutsfalle zu schützen.



# Netzwerk Arbeit und seelische Gesundheit

BUNDESWEIT EINZIGARTIGES KOOPERATIONSPROJEKT BRINGT MENSCHEN,  
DIE VON SEELISCHER ERKRANKUNG BETROFFEN SIND, WIEDER IN ARBEIT



Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Projektes bieten anonyme Beratung und eine umfangreiche individuelle Begleitung.

Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH im Berliner Bezirk Lichtenberg. Im Rahmen des ESF-Förderprogramms „Partnerschaft – Entwicklung - Beschäftigung“ (PEB), unterstützt durch das JobCenter Lichtenberg, haben Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger, die seelisch erkrankt sind oder Suchtmittel konsumieren, seit Dezember 2010 eine Anlauf- und Beratungsstelle, um zurück in Arbeit und Beschäftigung zu finden.

## Zentrale Bestandteile des Projekts sind die drei Teilbereiche Anonyme Beratung, Individuelle Begleitung und Netzwerkarbeit.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bringen umfangreiches fachspezifisches Wissen bezüglich

„Es ist gut, dass es diesen Verein gibt. Hier kann Menschen wie mir sehr gut geholfen werden. Ich hoffe und wünsche, dass es dieses Netzwerk lange geben wird“.

So und ähnlich lauten die Rückmeldungen über das Kooperationsprojekt von Albatros gGmbH, WIB-Weißeberger Integrationsbetriebe GmbH und LWB-

beruflicher Integration und psychischer Erkrankungen mit und sind im Bezirk gut vernetzt. Durch die anonyme Beratung gelingt es, die Hemmschwelle zu verringern und den Ratsuchenden in einem ersten Gespräch Orientierung für weitere Schritte und Maßnahmen zu geben. Über die Erfassung der beruflichen und persönlichen Situation können realistische berufliche Zielvorstellungen entwickelt werden. Mehr als 80% der bisherigen Beratungen betrafen Menschen, die ohne Arbeit sind; die überwiegende Mehrheit bezog Leistungen nach SGB II.

Nach mehr als einem Jahr Beratungstätigkeit bestätigte sich die Vermutung, dass viele Menschen nur unzureichend über die ihnen zur Verfügung stehenden Angebote informiert sind. Das Projekt hat den Anspruch, Hilfe schnell und passgenau anzubieten, sei es bei der Beantragung von Leistungen, bei der Suche nach einem beruflichen Neuanfang oder einem geeigneten Arbeitsplatz oder auch beim Finden einer geeigneten therapeutischen Einrichtung.

Die Anliegen der Ratsuchenden sind zwar vielfältig, im Vordergrund steht jedoch der Wunsch nach Integration in den ersten Arbeitsmarkt und die Unterstützung bei der Suche nach neuen beruflichen Perspektiven.

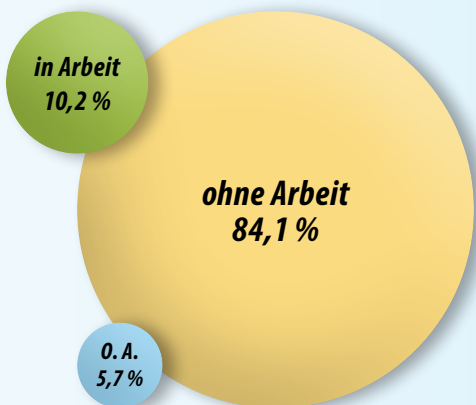
## Individuelle Begleitung

Deshalb bietet das Projekt über die anonyme Beratung hinaus eine umfangreiche individuelle Begleitung an. Das Hauptziel „Integration in den ersten Arbeitsmarkt“ wird von den Teilzielen „Psychische Stabilisierung durch therapeutische Anbindung, Tagesstrukturierung und Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt“ begleitet. Methoden sind individuelles Coaching und wöchentliche Beratungen über 9 Monate (oder länger) hinweg. Die Nachfrage für die insgesamt 20 Plätze ist groß. Während der bisherigen Projektlaufzeit wurden 81 Klient/-innen betreut. Insgesamt 10 Arbeitsverträge und 24 Teilhabemöglichkeiten an Arbeit weist die Erfolgsbilanz des Projekts auf – bei einer Abbruchquote von nur 5%. Neben der individuellen Betreuung, die die Unter-

### Anonyme Beratung – Zahlen [Stand: 07.09.2012]

- 49,3 % in Arbeit
- 20,7 % selbstständig
- 17,2 % in Arbeit im Krankengeldbezug
- 13,8 % Ausbildung

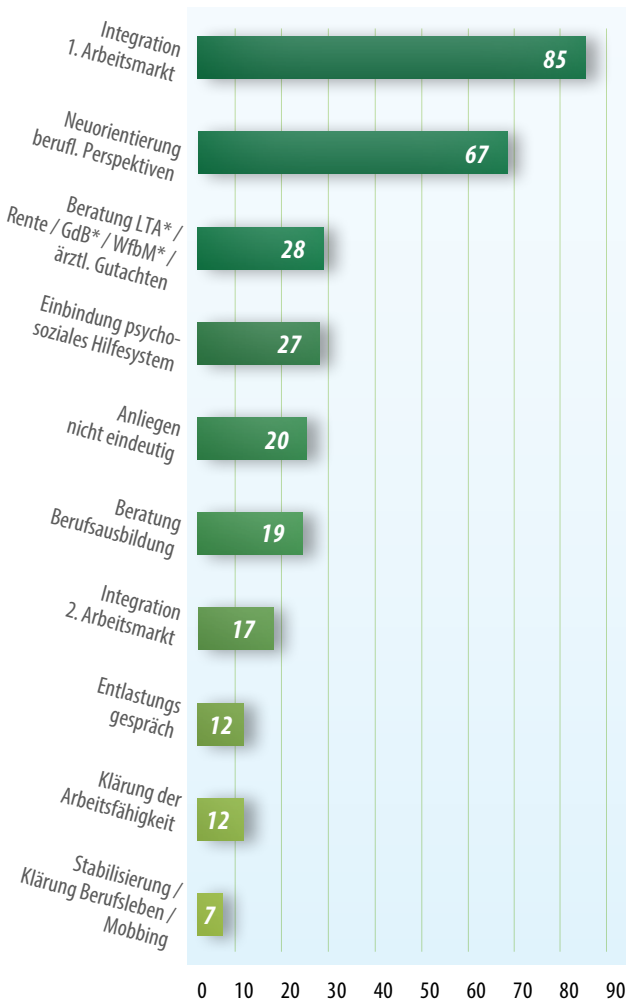
- 80 % ALG II Bezug
- 4,4 % ALG I Bezug
- 8,1 % EU-Rente
- 7,6 % ohne Leistungen
- 0,8 % anderes







**Anliegen der Ratsuchenden:**



\* LTA: Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben  
\* GdB: Grad der Behinderung

**absolut**  
\* WfbM: Werkstätten für behinderte Menschen

stützung beim Schreiben von Bewerbungen, Trainings von Vorstellungsgesprächen ebenso umfasst wie Maßnahmen zur Erhöhung des Selbstwertgefühls und den Abbau von Angst vor dem Wiedereinstieg, begleiten die Projektmitarbeiter/-innen die Klient/-innen auch im Einarbeitungsprozess in Unternehmen. Das Netzwerk spricht beispielsweise mit kooperierenden Unternehmen ab, wie Stundenzahl und Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz stufenweise gesteigert werden können.

**Herausforderung: Vernetzung der Akteure im Bereich Arbeit und Beschäftigung**

Eine der größten Herausforderungen des Projekts liegt im dritten Teilbereich, dem Auf- und Ausbau bezirklicher Netzwerke im Bereich Arbeit und Beschäftigung. Alle Akteure, wie die im Bezirk wirkenden Behörden, Träger von Zuverdienstplätzen und Werkstätten für behinderte Menschen, Integra-

tionsbetriebe, Unternehmen und Gewerbetreibende sind bereits für Kooperationen gewonnen worden oder werden weiterhin angesprochen. Mit der Veranstaltungsreihe „Arbeit ist MEHR als der Lohn in der Tüte“ zum Thema Arbeit und seelische Gesundheit werden Unternehmen für das Thema sensibilisiert und zur Zusammenarbeit angeregt. Vom Netzwerk besonders gewünscht wird die Bereitstellung von Praktikumsplätzen. Klientinnen und Klienten soll damit ein niederschwelliger Einblick und Einstieg in die Arbeitswelt (wieder) ermöglicht werden und die Unternehmen haben gleichzeitig die Chance, potentielle motivierte Arbeitnehmer/-innen kennen zu lernen bzw. zu gewinnen. Darüber hinaus beraten die Mitarbeiter/-innen interessierte Unternehmen zu Fördermöglichkeiten und unterstützen sie bei der Antragstellung. Das Netzwerk vermittelt Kontakte zu Integrationsunternehmen, Werkstätten für behinderte Menschen oder anderen sozialen Beschäftigungsprojekten, um z.B. Aufträge zu vergeben und gegebenenfalls die Ausgleichsabgabe zu reduzieren.

**Was ist das Programm PEB?**

Die Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit verfügen seit 2009 mit dem Förderprogramm Partnerschaft - Entwicklung- Beschäftigung (PEB) über ein Instrument, das zusätzliche Möglichkeiten eröffnet, um neue Ideen für lokale Partnerschaften und Beschäftigung zu entwickeln und längerfristige Projekte zu beginnen.

Hier geht es vor allem darum, Beschäftigungspotenziale und neue Beschäftigungsfelder zu erschließen sowie Modellprojekte zu erproben, um so die berufliche wie soziale Integration benachteiligter Personengruppen zu verbessern. Das Programm wird vom ESF mit höchstens 50 % der Projektkosten bzw. 250.000 Euro kofinanziert. Die Projektlaufzeit beträgt bis zu 3 Jahren. ●

**Projekträger:**  
Albatros gGmbH,  
**Anschrift:** Normannenstr.  
37, 10367 Berlin,  
**Telefon:** 030 – 484 800  
880,  
**E-Mail:** kontakt@arbeit-netzwerk.de  
www.arbeit-netzwerk.de

**Projektlaufzeit:**  
1. 12. 2010 – 30. 11. 2013

**Finanzierung:**  
ESF: 250 000 Euro (im Rahmen des Förderprogramms PEB),  
**JobCenter Lichtenberg:**  
244.990 Euro

**Termine und Themen der Veranstaltungsreihe „Arbeit ist MEHR als der Lohn in der Tüte“:**

**27.11.2012:** Entschleunigung – Wege aus dem Hamsterrad – Burnout vermeiden aber wie?

**29.01.2013:** Führung und Gesundheit – Gesund führen, auch unter schwierigen Bedingungen.

**Zeit und Ort:** 18.00 – 19.30 im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin



## Urbane Landwirtschaft: eine Chance für Berlin

EIN PROJEKT DER AGRARBÖRSE DEUTSCHLAND OST E. V.  
WERTET FREIFLÄCHEN IN MARZAHN AUF

**Der Blick auf einen Stadtplan Berlins zeigt unzählige grüne Flecken. Nicht nur am Stadtrand, wo aus der Hauptstadt langsam Brandenburg wird. Nicht nur am Stadtrand, der Grenze zu Brandenburg. Überall sind unbebaute Flächen erkennbar. Viele von ihnen sind alte Industriebrachen. Ungenutzt und ungepflegt.**

Langsam erobern die Hauptstädterinnen und Hauptstädter diese Flächen zurück. Angespornt von der globalen Bewegung des „Urban Farming“ entstehen im Innenstadtbereich immer mehr Gartenanlagen. Etwa auf dem Tempelhofer Feld oder nahe des Moritzplatz. Es geht um den Wunsch nach Selbstversorgung und die Möglichkeit eines nachhaltigen Lebensstils – auch in der Großstadt. So züchten die Anwohnerinnen und Anwohner auf kleinen Beeten allerlei Obst und Gemüse – von der Erdbeere bis zur Tomate.

Initiiert wurde die Idee der urbanen Landwirtschaft unter anderem durch die Agrar Börse Deutschland Ost e. V. Ihr Geschäftsführer, Dieter Lauf, ist überzeugt davon, dass extensive Landwirtschaft auch in Ballungszentren eine sinnvolle Ergänzung zur Stadtentwicklung sein kann.

„Die Agrar Börse entstand in der Wendezeit aus der Grundüberzeugung, dass bei dem Strukturentwicklungsprozess der ostdeutschen Landwirtschaft Unterstützung in Richtung der Heranführung an die Marktwirtschaft

und Unternehmensentwicklung notwendig war“, erklärt Lauf. Im Rahmen eines Modellprojekts leistete die Agrar Börse Hilfe bei der Umstrukturierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und bei der Warenvermittlung. Der Verein entwickelte eine Datenbank, in der Landwirte ihre Angebote sowie Bedarfe einstellen konnten.

Als das Projekt 1993 auslief, erfolgte innerhalb des Vereins eine Umorientierung. „Wir hatten schon damals festgestellt, dass gerade in Berlin das Wissen um agrarische Produktion sehr gering ausgeprägt ist“, erinnert sich Dieter Lauf. Die Umweltbildung wurde deshalb ein wichtiger Schwerpunkt der Agrar Börse.

Heute hat sich die Projektarbeit deutlich ergänzt – vor allem in Richtung sozialer und kultureller Projekte. Aktuell betreut die Agrar Börse ca. 35 öffentlich geförderte Projekte in sieben Berliner Bezirken. Darunter zahlreiche Programme zur Arbeitsförderung.

Dabei will der Verein keineswegs billige Beschäftigung schaffen. Vielmehr wollen Lauf und sein Team den Projekt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen; ihnen das Gefühl geben, etwas für die Gemeinschaft zu tun und somit ihr Selbstwertgefühl steigern.

Vor rund drei Jahren baute die Agrar Börse über das Umweltentlastungsprogramm (UEP) im Landschaftspark Herzberge – mitten in der Plattenbau-Landschaft Lichtenbergs – einen Landwirtschaftsbetrieb auf

*„Wir wollen den Menschen einerseits die Landwirtschaft näher bringen und andererseits ihr unmittelbares Umfeld neu gestalten.“*

Dieter Lauf, Geschäftsführer  
Agrar Börse Deutschland Ost e. V.

Eine Schafherde mitten in der Stadt – die Agrar Börse Deutschland Ost e. V. macht es möglich.







Die Idee einer urbanen Landwirtschaft begeistert auch die Kleinen.

– getreu der Idee des Urban Farming. „Wir wollen den Menschen einerseits die Landwirtschaft näher bringen und andererseits ihr unmittelbares Umfeld neu gestalten“, führt Geschäftsführer Dieter Lauf aus. Und so begannen er und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Konzept auch in andere Bezirke zu tragen.

Im Rahmen des Mikroprojekts „Urbane Landwirtschaft: Naturschutzgerechte Landschaftspflege und Entwicklung eines attraktiven Erscheinungsbildes“ werteten sie im vergangenen Jahr mühsam eine alte Schuttbrache im Norden Marzahns auf. Betonbrocken, ja sogar Kanister mit Salzsäure traten dabei zu Tage. „Wir haben die Fläche aufbereitet, sie eingezäunt und mit drei Bullen beweidet“, erklärt Lauf. Später kamen weitere Rinder und eine Schafherde hinzu.

Unterstützt wurde die Agrarbörse durch das Programm „Lokales Soziales Kapital“ (LSK), das Kleinstvorhaben fördert, die sich dafür einsetzen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Beschäftigungschancen für benachteiligte Personen zu entwickeln.

„Am Anfang gab es gegenüber dem Projekt Vorbehalte unter den Bürgern“, berichtet Lauf. Für viele bedeutete es zunächst nur das Ende ihres Hundelaufplatzes. Mit Bürgerbesprechungen und Veranstaltungen wurde versucht, die Bedenken schrittweise zu zerstreuen.

Während der einjährigen Projektlaufzeit arbeitete die Agrarbörse eng mit dem Bezirksamt, dem Verwalter des öffentlichen Grüns, zusammen: für beide Partner eine Win-Win-Situation. „Denn“, so Dieter Lauf, „der Bezirk hat den Vorteil, dass er bestimmte Flächen aus der Pflege herausnehmen kann und damit Kosten spart.“

Ziel des Projektes war jedoch nicht nur die Aufwertung verwahrloster Freiflächen. Den Anwohnern sollten gleichzeitig die vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im landwirtschaftlichen Bereich aufgezeigt werden. Daher gründete die Agrarbörse einen kleinen Schäfereibetrieb, die ADO GmbH, mit zwei Festangestellten und einem Lehrling. Der junge Auszubildende kam über den Tierhof Marzahn – ebenfalls eine Einrichtung der Agrarbörse – zum Projekt. Er hatte Interesse an der Tierpflege, wusste aber nicht recht, was er nach dem Schulabschluss machen sollte.

Die Tierzucht in der Stadt birgt vielerlei Herausforderungen, aber auch großes Potenzial. Geschäftsführer Dieter Lauf sieht im Urban Farming daher eine Chance, wieder landwirtschaftliche Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen.

Unter den Marzahnerinnen und Marzahnern spürten Lauf und sein Team distanzierendes Interesse gegenüber den Veränderungen in ihrer Nachbarschaft. „Distanzen sind noch da. Die können nur ganz langsam abgebaut werden. Das ist im Rahmen eines LSK-Projektes nur schwer möglich“, sagt Lauf.

Umso wichtiger ist ihm die Nachhaltigkeit des Projektes: „Ich kann nur jedem Träger raten, jeden Antrag in ein Grundkonzept einzuordnen.“ Denn ein LSK-Projekt kann nur ein Schritt in eine langfristige strategische Umsetzung sein. „Das Projekt ist zwar fördertechnisch beendet, inhaltlich jedoch noch nicht.“ So hofft Dieter Lauf, den Gedanken der extensiven urbanen Landwirtschaft noch in viele andere Bezirke transportieren zu können. ●

**Ansprechpartner:**  
Agrarbörse  
Deutschland Ost e.V.  
Geschäftsführer  
Dieter Lauf  
Tel.: 030 / 5360850  
Mobil: 0172 / 8047436  
E-Mail:  
d.lauf@agrar-boerse-ev.de  
www.agrar-boerse-ev.de





## Chancen erhöhen und Partizipation ermöglichen

DER VEREIN SÜDOST EUROPA KULTUR E.V. KÄMPFT FÜR  
DIE STÄRKUNG DER ROMA-COMMUNITY IN BERLIN

Seit 20 Jahren fördert der Verein „südost Europa Kultur e.V.“ die Integration von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten aus Südosteuropa. Dabei wurde er ursprünglich zum Kulturaustausch zwischen Berlin und dem damaligen Jugoslawien gegründet. Doch schon kurz nach Entstehung verschärften sich die Konflikte in der Balkanregion. So wurde schnell klar, dass der wichtigste Schwerpunkt der Arbeit sein würde, den vielen Kriegsflüchtlingen in Berlin neue Perspektiven zu geben und sich politisch für sie einzusetzen. „Bis heute betreuen wir traumatisierte Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien“, erklärt Geschäftsführer Michael Kraft, „darunter sind auch viele Roma.“

**Weitere Informationen:**  
Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma, die vom Senat Berlins am 17.07.2012 bestätigt wurde.

Die Lebensbedingungen vieler Roma in Berlin sind prekär: als Mieter unerwünscht, medizinisch unterversorgt. Vielerorts schlagen ihnen Vorurteile entgegen.

Da Migrantinnen und Migranten nach ihrem Herkunftsland und nicht nach ihrer Ethnie erfasst werden, fehlen genaue Angaben über die Zahl der in der Hauptstadt lebenden Roma. Kraft weist auf Schätzungen hin, die von rund 20.000 Einwanderinnen und Einwanderern ausgehen, Tendenz steigend. Vor allem seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens wächst die Zahl der zugewanderten Menschen stetig.

Kraft bemängelt die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, mit der man auch den Roma begegnet.

Umso erfreulicher sieht er die Zusammenarbeit unterschiedlicher Senatsverwaltungen (die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration, Frauen, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales), um ein Modell-

projekt „Maßnahmen zur Stärkung der Roma-Community in Berlin“ mit unterschiedlichen Akteuren zu fördern und zu begleiten.

„Was die Situation erschwert“, sagt Michael Kraft, „ist, dass viele der Menschen, die aus Rumänien oder Bulgarien kommen, in ihren Herkunftsländern häufig von Bildung ausgeschlossen sind.“ Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Arbeit auf der Alphabetisierung. In den Volkshochschulen Neukölln und Mitte werden entsprechende Kurse für die Roma-Community angeboten, die sich vor allem auch an Kinder und Jugendliche richten. Sie dienen zum einen dazu, den Migrantinnen und Migranten die deutsche Sprache näher zu bringen. Zum anderen haben sie die Aufgabe, passgenaues Unterrichtsmaterial bereitzustellen und gleichzeitig Lehrkräfte für den Umgang mit ihnen zu sensibilisieren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Modellprojektes, das finanziell durch das EFRE-Programm „Zukunftsinitiative Stadtteil“ unterstützt wird, ist es, sicherzustellen, dass die humanitären Bedürfnisse der Zugewanderten erfüllt sind. Eine große Rolle spielen hier die medizinische Versorgung und eine umfassende Sozialberatung. Denn, so Kraft, gesundheitliche Versorgung – vor dem Hintergrund anderer drängender existenzieller Probleme – wird von der Zielgruppe häufig vernachlässigt. Auch eine Krankenversicherung fehlt oft. Das Projekt fördert außerdem Aufbau

*„Wir wollen ein positives Bewusstsein für Bildung schaffen und die Familien dazu bewegen, ihre Kinder bei der Beschulung zu unterstützen.“*

Michael Kraft, Geschäftsführung,  
südost Europa Kultur e.V.

Junge Roma lernen die Arbeit in einer Werkstatt kennen.



und die Betreuung von Selbsthilfegruppen, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach und nach Funktionen übernehmen und selber in die Community hineinwirken sollen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von südost Europa Kultur e.V. sind über aufsuchende Sozialarbeit an die Community herangetreten – zum Beispiel in Form von Hausbesuchen. Kraft erklärt: „Wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Muttersprache sprechen. Sie kennen die landestypischen Wege der Kontaktaufnahme, die häufig anders verlaufen, als wir es gewohnt sind.“

Die Angebote des Modellprojekts – etwa zur Familiensozial- oder Jugendarbeit – sind auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe abgestimmt und werden von ihnen sehr rege angenommen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit mit den Zugewanderten werden auch in Fachgremien getragen oder sind Teil von (Weiter-)Bildungsangeboten unterschiedlicher Berufsgruppen.

Das Vertrauen bei Zugewanderten und der sog. Mehrheitsgesellschaft wertet Kraft als einen wichtigen Indikator für den Erfolg der jeweiligen Projektarbeit.

„Unsere Gesellschaft ist auf viele Fragen und Probleme nicht eingestellt“, meint er. In der Vergangenheit sei daher bei der Integration der Zugewanderten manches schief gelaufen. Erwartungen – zum Beispiel an schulische Leistungen – müssten realistisch gestaltet werden. Es wäre ein Erfolg, wenn Mütter Alphabetisierungskurse besuchten. „Wir wollen ein positives Bewusstsein für Bildung schaffen und die Familien dazu bewegen, ihre Kinder bei der Beschulung zu unterstützen“, so Kraft, „um deren Chancen zu erhöhen und Partizipation zu ermöglichen.“

Letztlich ist es das Ziel des Modellprojektes, Wege zu finden, Zugewanderte zu befähigen, sich selbst für ihre Rechte und eine gesellschaftliche Teilhabe einzusetzen.

Ein weiteres wichtiges Projekt des Vereins unter Konzentration auf das Ziel der beruflichen Integration lautet „Junge Roma in Berlin / Berufliche Orientierung zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt - Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung“. Dieses wird im Rahmen des ESF-



Um ihnen eine Idee der beruflichen Orientierung zu geben, bekommen diese Mädchen einen Einblick in die Hauswirtschaft.



Im Rahmen des Projektes „Junge Roma in Berlin“ werden gemeinschaftliche Exkursionen unternommen.

Programms XENOS durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Ergänzt werden diese Projekte durch die „Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiterinnen, Wanderarbeiter und Roma - Konfliktintervention gegen Antiziganismus“, die vor circa drei Jahren mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen ins Leben gerufen wurde. Das Büro begleitet Roma zu sozialen Einrichtungen sowie Behörden, beschult Kinder und vermittelt bei Konfliktsituationen.

Um der Lage der Sinti und Roma noch besser Rechnung tragen zu können, beschloss der Berliner Senat Anfang August die „Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma“. Sie soll künftig die Heranführung der Roma an den Bildungsbereich sowie ihre gesundheitliche Versorgung voranbringen. ●

**Ansprechpartner:**

südost Europa Kultur e. V.  
 Großbeerstraße 88  
 10963 Berlin-Kreuzberg  
 Tel.: (030) 2537799-0  
 Fax: (030) 25298574  
 E-Mail:  
 info@suedost-ev.de  
 www.suedost-ev.de





●● Mitgliedstaaten setzen EU-Vorschriften immer schneller in nationales Recht um ●●

In der aktuellen Krise kommt dem europäischen Binnenmarkt eine besondere Rolle zu. Dafür müssen EU-Richtlinien jedoch rechtzeitig von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Um aufzuzeigen, welche Anstrengungen bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften in nationales Recht unternommen wurden, erstellt die EU-Kommission in regelmäßigen Abständen einen Binnenmarktanzeiger. Die letzte Erhebung befand: Der Prozentsatz der nicht fristgerecht umgesetzten Richtlinien liegt bei 0,9 Prozent und damit unter dem Ziel, das sich die

Staats- und Regierungschefs 2007 selbst gesetzt haben. 16 von 27 Mitgliedstaaten erfüllten das 1 Prozent-Ziel. Außerdem sank die Zahl der nicht ordnungsgemäß umgesetzten Richtlinien. In Verbindung mit dem Anzeiger schlug die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Binnenmarkt-Governance vor. So sollen sich die Mitgliedsländer in einigen Schlüsselsektoren, die Wachstum und Beschäftigung versprechen, zu einer „Nulltoleranz“ verpflichten.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/score/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/score/index_de.htm)

●● Initiative für freiwillige humanitäre Hilfe ●●

Angesichts zunehmender Katastrophen hat die Europäische Kommission die Initiative „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ ins Leben gerufen. Im Rahmen der Aktion sollen von 2014 bis 2020 rund 10.000 interessierte Europäerinnen und Europäer die Möglichkeit bekommen, sich mit freiwilliger Arbeit in Krisengebieten zu engagieren. „Uns bietet sich hier die einmalige Gelegenheit, in diesen Krisenzeiten ein positives Signal auszusenden: Durch die Hilfe, die über die Initiative „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ vor Ort geleistet wird, beweisen die Europäer ihre Solidarität mit denjenigen, die am dringendsten auf Unterstützung an-

gewiesen sind. Gleichzeitig werden den Freiwilligen wichtige Fertigkeiten vermittelt. Leben zu retten ist eine existenzielle Erfahrung, die keiner von ihnen je vergessen wird. Die Freiwilligenarbeit erfreut sich bei den Bürgerinnen und Bürgern aller unserer Mitgliedstaaten zunehmender Beliebtheit,“ sagte Kristalina Georgieva, EU-Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion. Als „EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe“ bewerben können sich europäische Staatsbürger und -bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger und Bürgerinnen mit langfristiger Aufenthaltsgenehmigung, die älter als 18 Jahre sind.

●● Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger ●●



Zum 20-jährigen Jubiläum der im Rahmen des Maastrichter-Vertrages eingeführten Unionsbürgerschaft hat die Europäische Kommission 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger ausgerufen. Das Europäische Jahr soll Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten im Rahmen der EU-Bürgerschaft aufklären – insbesondere über ihr Recht auf freie Wahl des Arbeits- und Aufenthaltsortes in der EU. Zudem soll eine Debatte über die Hindernisse angeregt werden, die die Ausübung der Rechte erschweren. Last but not least gelte es, Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an Bürgerforen über die EU-Politik zu ermutigen, um so eine aktivere Beteiligung zu ermöglichen. Die Kommission strebt im Rahmen des Europäischen Jahres 2013 u. a. eine zentral organisierte Kommunikationskampagne, thematische Konferenzen sowie die Beteiligung an nationalen, regionalen und lokalen Veranstaltungen in der gesamten EU an.

[http://ec.europa.eu/citizenship/european-year-of-citizens-2013/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/citizenship/european-year-of-citizens-2013/index_de.htm)

●●● Strategie zum Einsatz von Cloud-Computing vorgelegt ●●●

Viele beliebte Dienste nutzen bereits das Cloud-Computing. Und auch für die Wirtschaft birgt das Speichern von Daten und Software auf entfernten Computern großes Potenzial. Es ist schneller, billiger, flexibler und sicherer als vor Ort installierte IT-Lösungen. Laut Schätzungen kann der Einsatz von Cloud-Computing zu Kosteneinsparungen von zehn bis 20 Prozent

führen. Doch potenzielle Nutzer schecken bisher noch oft davor zurück, da es an gemeinsamen Normen und klaren Verträgen mangelt. Daher hat die EU-Kommission nun eine Strategie zur „Freisetzung des Cloud-Computing-Potenzials in Europa“ vorgelegt, mit der sie den Einsatz von Cloud-Computing verstärken will. Die Strategie sieht u. a. vor, bis 2013 technische

Normen festzusetzen und Zertifizierungsprogramme für vertrauenswürdige Cloud-Anbieter zu entwickeln.



[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1025\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1025_de.htm?locale=en)





## ●● Neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie für die Kultur- und Kreativwirtschaft ●●

Mit einer neuen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie will die Europäische Kommission die Wettbewerbsfähigkeit und das Exportpotenzial der Kultur- und Kreativwirtschaft steigern. Die Strategie sieht zum einen verschiedene politische Initiativen und eine Modernisierung des rechtlichen Umfelds vor. Zum anderen möchte die Kommission die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Politikfeldern – insbesondere Kultur, Bildung, Industrie, Wirtschaft, Tourismus, Stadt- und Regionalentwicklung sowie Raumplanung – verstärken. Darüber hinaus wird im Rahmen des für 2014–2020 vorgeschlagenen Programms „Kreatives Europa“ eine stärkere Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft mit EU-Mitteln angestrebt. Schon heute erwirtschaftet der Sektor 4,5 % des BIP der Europäischen Union und beschäftigt bis zu 8,5 Millionen Menschen. „Die Kultur- und Kreativwirtschaft Europas ist nicht nur für die kulturelle Vielfalt unerlässlich, sondern trägt auch maßgeblich zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Mitgliedstaaten und Regionen bei. Auf lokaler und regionaler Ebene erbringen strategische Investitionen in diesem Bereich oft spektakuläre Ergebnisse. Ein anschauliches Beispiel hierfür sind die Kulturhauptstädte Europas. Zudem hat die Kultur- und Kreativwirtschaft eine Ausstrahlungswirkung auf andere Branchen und sie zeichnet ein dynamisches Bild eines attraktiven, kreativen Europas, das offen ist für Kulturen und Talente aus der ganzen Welt“, erklärte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-12-1012\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1012_de.htm?locale=en)

## ●● Kommission sucht gemeinsam mit KMU die zehn aufwendigsten Rechtsakte ●●

Die EU-Kommission hat Konsultationen zum Bürokratieabbau eingeleitet. Mit einem Aufruf richtet sie sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie deren Vertreterverbände.

Sie sollen dazu beitragen, die zehn Rechtsakte zu ermitteln, die für KMU die größte Belastung darstellen. Per Online-Befragung können sie sich noch bis zum 21. Dezember 2012 zu Fragen wie etwa der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen oder Zollformalitäten äußern.



[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/10916\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10916_de.htm)

## ●● Ein ESF-Comic informiert Jugendliche über EU-Förderung ●●

Wo lasse ich mich beraten, wenn ich trotz schlechter Schulnoten oder fehlenden Schulabschlusses einen Beruf finden will? Und wo liegen überhaupt meine Interessen und Chancen? Fragen, die sich viele Jugendliche heute stellen müssen, jedoch nicht immer eine angemessene Antwort erhalten.

Der neue ESF-Comic mit dem Titel „Europa in Berlin – Kevin & Cindy starten durch“ vermittelt Jugendlichen anhand einer unterhaltsamen Geschichte Informationen über die Möglichkeiten, eine EU-geförderte Berufsorientierung oder Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen in



Anspruch zu nehmen.

Download des Comics und weitere Informationen unter:

[www.esf-jugendliche.de](http://www.esf-jugendliche.de)

## ZU RECHT BEFRAGT

## URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS IN DEN RECHTSSACHEN

# § Das Unionsrecht hindert Mitgliedstaaten nicht daran, SaisonarbeitnehmerInnen Familienleistungen zu gewähren

Zwei polnische Saisonarbeiter hatten für die Zeit ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Kindergeld bei den deutschen Behörden beantragt. Dabei hat, laut deutschem Recht, auch eine Person ohne gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz in Deutschland Anspruch auf Kindergeld, wenn sie unbeschränkt einkommenssteuerpflichtig ist. Folglich beantragten die Saisonarbeiter die Steuerpflicht. Trotzdem wurden ihre Kindergeldanträge mit Verweis auf die EU-Verordnung Nr. 1408/71 abgelehnt, nach der die beiden Arbeitnehmer dem polnischen Sozialversicherungsrecht unterliegen. Zur Klärung der Verordnung wandte sich der Bundesfinanzhof an den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dieser erklärte nun: Der Umstand, dass die polnischen Saisonarbeiter nicht dauerhaft in Deutschland leben, hin-

dert die Bundesregierung nicht daran, Kindergeld zu gewähren. Vielmehr haben die beiden Arbeitnehmer, da sie unbeschränkt steuerpflichtig sind, sogar Anspruch auf Familienleistungen, die durch die Einkommenssteuer finanziert werden. Zudem darf es keine „Antikumulierungsregel“ geben, die den Anspruch auf Sozialleistungen ausschließt, wenn gleichzeitig in einem anderen Mitgliedstaat vergleichbare Leistungen bezogen werden können. Dies wäre ein nicht gerechtfertigter Nachteil von Saisonarbeitern – insbesondere, wenn sie, wie die beiden Kläger, in Deutschland Einkommensteuer zahlen. Diese Auslegung der Verordnung verbessert den Lebensstandard von Wanderarbeitern und -Arbeiterinnen und erleichtert die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. ●

Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 12. Juni 2012 – C-611/10 und C-612/10

## PROJEKTE AUS ANDEREN LÄNDERN UND REGIONEN

## Österreich: Chancen durch kulturell gemischte Teams



ProViel fördert die Integration von migrantischen Auszubildenden.

Im österreichischen Linz fördert das ESF-finanzierte Projekt „ProViel“ seit 2011 die Zusammenarbeit multiethnischer Teams. Sein Träger, die Gesellschaft für Frauen und Qualifikation, setzt sich seit Langem für die Verbesserung der Situation von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt ein. ProViel trägt den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in Österreich Rechenschaft. Schon heute haben zehn Prozent der Lehrlinge in der Alpenrepublik einen Migrationshintergrund. Das bedeutet: Künftig gibt es immer mehr kulturell gemischte

Teams. Doch mehr Vielfalt bedeutet auch mehr Konfliktpotenzial. ProViel will Unternehmen helfen, diese Veränderungen zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Aktuell nehmen zehn Betriebe an dem Projekt teil. Dabei werden sowohl für Auszubildende als auch Ausbilder Workshops und Seminare angeboten, in denen es beispielsweise um interkulturelle Kompetenz und Konfliktlösungen geht. In den Firmen werden Lehrlingstandems gebildet: Einem neuen Lehrling mit Migrationshintergrund steht ein erfahrener Lehrling zur Seite. Gemeinsam realisieren sie ein Transferprojekt. So entstanden in den teilnehmenden Unternehmen bisher etwa eine Rap-CD oder ein neuartiges Backwerk, das „Vielfalts-Weckerl“, mit Zutaten aus aller Welt. ProViel trägt entscheidend zur Verbesserung der Ausbildungsqualität bei, es fördert die Integration von migrantischen Auszubildenden und schafft Wettbewerbsvorteile für Firmen und Lehrlinge. Im vergangenen Jahr wurde das Projekt, das noch bis 2013 läuft, daher sogar für den österreichischen Integrationspreis nominiert. ●